

# „Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold blickt auf seine politische Tätigkeit im Jahr 2015 zurück

Die Flüchtlinge, der IS-Terror und die militärischen Konflikte, an denen deutsche Soldaten beteiligt sind: Das waren für den Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold (SPD) die zentralen Themen des Jahres 2015. „Es war ein außergewöhnliches Jahr“, resümiert er seine politische Arbeit.

VON VOLKER HAUSSMANN

Ziemlich weit oben auf Arnolds politischer Agenda stand und steht derzeit immer noch die Flüchtlingsfrage. Der SPD-Politiker dazu: „Wir erleben in diesen Tagen, dass die CSU Kanzlerin Merkel intensiv ans Schienbein tritt.“ Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer präsentierten „neuen Scheinlösungen“ – wie Arnold sie in Anlehnung an die Mautpläne des Bayern nennt – betrachte er mit Sorge. Nicht zuletzt deshalb, weil auch im bevorstehenden Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg manche Politiker der Versuchung nicht widerstehen könnten, ebenfalls solche „einfachen Lösungen“ zu vertreten. Diese aber sieht Arnold in erster Linie als „Blutzufuhr für nationalpopulistische Parteien“.



Rainer Arnold erklärt die Bundespolitik aus Sicht der SPD.

Foto: Haußmann

## „Wir können nicht jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen“

Rainer Arnold, SPD

Die Politik wisse, dass man so nicht weitermachen könne. „Wir können nicht jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen.“ Deshalb gelte es, Gespräche zu führen, wirksame Maßnahmen zu treffen. Dazu gehöre, „die, die da sind, vernünftig zu behandeln und mit finanziellen Mitteln auszustatten“. Zu schaffen sei das nur, „wenn alle an einem Strang ziehen“. So zahle der Bund seit Beginn dieses Jahres jeden Monat 670 Euro pro Flüchtling an Länder und Kommunen, um diese zu entlasten. Außerdem stelle die von CDU und SPD geführte Bundesregierung jährlich 350 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung.

Entscheidend aber sei, so Arnold, Asylverfahren so zu bearbeiten, wie man es in Deutschland erwarten könne – gründlich und zügig. Das funktionierte bisher so nicht. Für das „organisatori-

sche Desaster“ sei Innenminister de Maizière verantwortlich. Auch das „Beamtendenken“ im Amt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sieht Arnold als mitursächlich dafür an. „Es fehlt an moderner IT-Technik.“ Die müsse mühsam aufgebaut werden, dabei hätte man 2014, bei damals noch 300 000 Flüchtlingen, schon reagieren müssen.

Fortschritte bei der Bearbeitung der Asylanträge bedingten neue Probleme für die Gemeinden, denn dort „schlagen immer mehr Obdachlose auf“. Deshalb sollten Kommunen künftig Baugebiete zügiger umlegen können. „Wir brauchen Einzelhäuser plus sozialen Wohnungsbau“, so Arnold. Das werde nicht zuletzt im Ballungsraum Stuttgart zu einer Herausforderung.

Überfällig sei die Einführung eines Flüchtlingspasses, mit dem sich Flüchtlinge hierzulande ausweisen können. Außerdem, so Arnold, „brauchen wir ein Einwanderungsgesetz“. Es sei notwendig, dass Flüchtlinge, die da bleiben, den Status wechseln könnten. „Aus Flüchtlingen, die toll integriert sind und die

unser Land dringend braucht, könnten Einwanderer werden.“

Für den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag geht es nicht an, dass zum Teil bis zu 9000 Bundeswehrsoldaten in der Flüchtlingsfrage engagiert seien. „Dafür ist die Bundeswehr nicht da.“ Stattdessen könnten die zahlreichen vorzeitig in den Ruhestand geschickten Angehörigen der Streitkräfte wieder aktiviert werden. „Das wären einige Tausend.“ Aber, so Arnold, „naheliegende Vorschläge werden nicht umgesetzt.“

„Vor unserer Haustür brennt es lichterloh“, sagt Arnold und nennt die Krisenherde Syrien, Jemen, Mali, Libyen. Ausschließlich politische Lösungen reichten hier nicht aus. „Wir müssen uns mit militärischen Mitteln gegen den fundamentalistischen Terror stellen. Anders geht das nicht.“ Er räumt aber auch ein, dass man „den Terror nicht militärisch bekämpfen kann“. Er habe die Hoffnung auf einen politischen Prozess in Syrien.

Als Verteidigungsexperte ist Arnolds Meinung in diesen Tagen besonders ge-

fragt. Zwar handle es sich stets um ungeschöne Themen, „trotzdem war es in den letzten Monaten eine Aufgabe, die ich extrem gern gemacht habe“. Die Leute interessierten sich für solche Fragen, auch werde internationale Politik Deutschland mehr beschäftigen als bisher, ist er sich sicher.

Um dem Terror besser begegnen zu können, fordert Arnold: „Wir brauchen ausreichend Polizisten und leistungsfähige Nachrichtendienste.“ SPD-Chef Gabriel habe durchgesetzt, dass 3000 Bundespolizisten zusätzlich eingestellt würden, jedes Jahr 1000. Von „Scheinlösungen“, wie die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, hält er nichts. „Die Sicherheit wird nicht größer, wenn Soldaten am Bahnhof stehen.“

## In hohem Maße mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt

Er habe sich, so Arnold, im vergangenen Jahr in hohem Maße mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt – „ich besuche regelmäßig Soldaten in allen Krisengebieten“ –, regionale Probleme hätten dagegen eine untergeordnete Rolle gespielt. Den Verkehr im Kreis sieht er – Stichwort: S-Bahn-Verlängerung bis Neuhausen – „auf gutem Gleis“.

Auf Nachfrage ging Arnold auf die aktuell diskutierten Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien ein. „Das Problem sind die Handfeuerwaffen“, sagt der 65-jährige SPD-Verteidigungsexperte. Da müsse man ganz genau hinschauen, die Angelegenheit sehr restriktiv behandeln. Ein grober Fehler sei es gewesen, in Saudi-Arabien einen Produktionsstandort für das Sturmgewehr G36 zu genehmigen, findet Arnold.

## Zur Person

### Rainer Arnold

Rainer Arnold, 1950 in Stuttgart geboren, lebt in Wolfschlugen. Seit 1998 vertritt der SPD-Politiker den Wahlkreis Nürtingen im Deutschen Bundestag. Er ist seit 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit November 2004 auch Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion.